

**Protokoll**  
**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau-, Sanierungs-  
und Konversionsausschusses**

**Sitzungstermin:** Donnerstag, den 22.09.2022

**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr

**Sitzungsende:** 20:22 Uhr

**Ort:** Ratssaal des Rathauses

**Anwesend sind:**

**Vorsitzender**

Herr Manfred Möhlmann

**stv. Vorsitzender**

Herr Bodo Bargmann

**Ordentliche Mitglieder**

Frau Gila Altmann

Frau Erika Biermann

Vertretung für Herrn Stefan Scheller

Herr Rolf-Werner Blesene

Herr Jens Coordes

Herr Arnold Gossel

Frau Ingeborg Hartmann-Seibt

Vertretung für Herrn Georg Saathoff

Frau Almut Kahmann

Vertretung für Herrn Udo Haßbargen

Frau Gerda Küsel

Herr Richard Rokicki

Herr Peter Specken

**Beratende Mitglieder**

Herr Reinhard Warmulla

**Vertreter Ortsrat**

Herr Alexander Jürgens

ab 17:30 Uhr

Herr Heiko Kruse-König

Herr Timo Mehlmann

Ortsbürgermeister Aurich-Kernstadt

Herr Rolf Stemmler

Frau Heidrun Weber

**von der Verwaltung**

Frau Stadtbaurätin Alexandra Busch-Maaß

Herr Mirko Wento

Frau Birgit Struckholt

Protokollführerin

**Entschuldigt fehlen:**

**Ordentliche Mitglieder**

Herr Arno Fecht  
Herr Udo Haßbargen  
Herr Georg Saathoff  
Herr Stefan Scheller

**Vertreter Kaufmännischer Verein Aurich**

Frau Heida Haltermann  
Frau Elke Lenk

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Möhlmann eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden, insbesondere auch die Mitglieder des Ortsrates der Kernstadt Aurich.

**TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

**TOP 3 Genehmigung der Protokolle (öffentlicher Teil) vom 23.06.2022 und vom 08.09.2022**

Das Protokoll vom 23.06.2022 wird bei 4 Enthaltungen angenommen.

Das Protokoll vom 08.09.2022 liegt noch nicht vor und kann somit nicht genehmigt werden.

Frau Altmann bittet, dass zukünftig der Sitzungseinladung das Protokoll beigelegt werde. Es wird erwidert, dass dies bereits der Fall sei.

**TOP 4 Feststellung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende verweist auf die vorliegende Tischvorlage. Frau Busch-Maaß erläutert die Dringlichkeit und die Möglichkeit der zeitnahen Sitzungsabfolge von Ortsrat, VA und Rat.

So werde die Möglichkeit eröffnet, zeitnah den Kaufvertrag der Flächen der ehemaligen Blücher-Kaserne zu tätigen und somit ein Förderverfall zu vermeiden und noch die Möglichkeiten der beantragten Verbilligungen zu erhalten.

Es wird genehmigt, die Tagesordnung um den Punkt 7.3 (Beschlussvorlage 22/170 Kaufvertrag Blücher-Kaserne) zu ergänzen.

Darüber hinaus wird gebilligt, dass die Tagesordnung 7.1. und 7.2 in der Reihenfolge getauscht werden. Es werde erst der Bebauungsplan und dann anschließend der Antrag der Linken beraten.

Die somit geänderte Tagesordnung wird beschlossen.

**TOP 5 Einwohnerfragestunde**

Seitens einer Einwohnerin werden Fragen zum angedachten Baugebiet „In der Diere“ gestellt.

Zum einen fragte sie nach dem Stand des Antrags zur Unterschutzstellung des Gebietes. Zum anderen fragte sie nach der haftungsrechtlichen Regelung, da die Baugrundfähigkeit nicht gegeben sei.

Frau Busch-Maaß erwidert, dass die Antworten hierzu seitens der Verwaltung schriftlich nachgereicht werden (siehe TOP 9).

**TOP 6      Kenntnisgaben der Verwaltung**

Frau Busch-Maaß teilt mit, dass man die in der vergangenen Sitzung zugesagte Prioritätenliste noch schuldig geblieben sei. Diese sei nun fertiggestellt und werde im Nachgang zur Sitzung zur Verfügung gestellt. Wünschenswert wäre eine Rückmeldung zur nächsten Sitzung.

Hinweis: Die Übersicht zu den Bauleitplanungen ist als nichtöffentliche Anlage dem Protokoll beigelegt.

**TOP 7      Entwicklung ehemaliges Kasernengelände**

**TOP 7.1    Antrag der Fraktion DIE LINKE, hier: Änderungen Bebauungsplan 393 - Kaserne**  
**Vorlage: ANTRAG 22/046**

Herr Warmulla erläuterte die einzelnen Punkte des Antrags der LINKEN. Zuerst ging er auf die planerischen und ökologischen Themen ein.

Die Satellitengebäude am ehemaligen Divisionsgebäude sind zu streichen.

Bezüglich des Themas „Durchgangsverkehr“ formuliert er seinen Antrag dahingehend ab, dass durch geeignete bauliche Maßnahmen sichergestellt werden solle, dass Durchgangsverkehre und Schleichverkehre erschwert werden sollen.

Wichtig seien insbesondere die Ausgestaltung der HAUPTerschließung der Planstraße A sowie des Hoheberger Weges. Die beidseitige Allee solle festgesetzt werden.

Der Weg durch die Parkanlage solle als getrennter Fuß- und Radweg festgesetzt werden. Die Straße westlich des ehemaligen Wirtschaftsgebäude (Gebäude Nr. 13) solle entfallen. Die Verkehrsführung könne über die Verkehrsfläche östlich des Gebäudes erfolgen.

Herr Warmulla führt aus, dass seine Hauptforderung aber die Thematik des sozialen Wohnungsbaus betreffe. Hier müssten mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen entstehen. Es sei nicht hinnehmbar, dass nur 120 Sozialwohnungen entstehen. In Anbetracht der Gesamtzahl der entstehenden Wohnungen müssten es mindestens 200 Wohnungen sein.

Frau Hartmann führt aus, dass der Schwerpunkt nicht nur auf die Sozialwohnungen im 5 Euro Bereich gelegt werden solle, sondern es wichtig sei, möglichst viel bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Es gäbe viele Personen und Familien, die keinen Anspruch auf Sozialwohnungen hätten, aber auf Grund ihres Einkommens auf günstigen Wohnraum angewiesen seien.

Frau Altmann ergänzt, dass man die Planungshoheit aus der Hand gebe. Es sei ein Fehler gewesen, die Fläche einem Investor zu überlassen.

Herr Bargmann weist darauf hin, dass es einen gültigen Ratsbeschluss vom 03.06.2021 gebe. Hier habe der Rat die 120 Wohnungen beschlossen. Der Investor halte sich an diesen Beschluss.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde mit 3 Ja-Stimmen und 9-Nein-Stimmen abgelehnt.

**TOP 7.2 Bebauungsplan Nr. 393 "Blücher-Kaserne"**  
**Vorlage: 22/160**

Die Verwaltung erläutert die Vorlage.

Hinsichtlich der geforderten Sozialwohnungen sehe der städtebauliche Vertrag zwischen dem Investor und der Stadt Aurich keinen prozentualen Anteil, sondern eine festgeschriebene Zahl vor. Es sind 90 Sozialwohnungen vorgesehen, dazu zusätzlich 30 freifinanzierte, aber preisgebundene Wohnungen. Im städtebaulichen Vertrag müssten die 90 Sozialwohnungen noch näher hinsichtlich des Preissegmentes konkretisiert werden.

In der letzten Sitzung des BaSaKos wurde eine Durchmischung der Sozialwohnungen im Plangebiet gefordert. Nach Rücksprache mit dem Investor hat er seine Belegungsliste übersandt, die diese Durchmischung in den Bestandsgebäuden sowie in den Neubauten widerspiegelt.

Bezüglich der Satellitenbauten betone der Investor deren Notwendigkeit zur Umsetzung des Seniorenprojektes mit seinem Projektpartner. Dies solle dem Ausschuss präsentiert werden. Aus zeitlichen Gründen war dies leider nicht für diese Sitzung möglich.

Frau Altmann bemängelt dies. Man gebe sich in die Hand des Investors. Seine Planungen wären nicht klar, aber man zurre jetzt im Bebauungsplan schon alles fest.

Frau Busch-Maaß betont, dass es jetzt vorrangig darum ginge, den städtebaulichen Vertrag zu schließen.

Sofern diese Satelliten erforderlich sein, erfolgt die Empfehlung diese zweigeschossig mit Satteldach auszuweisen.

Herr Bargmann fragt hinsichtlich der Problematik des Durchgangsverkehrs. Hierzu führt die Verwaltung aus, dass hierzu nun das Verkehrsgutachten beauftragt werde. Dann erhalten man verlässliche Zahlen, die Aussagen über die zu erwartenden Verkehre liefern würden. Diese seien dann Grundlage für die spätere Ausführungsplanung, welche baulichen Maßnahmen dann erforderlich seien.

Herr Bargmann weist darüber hinaus darauf hin, dass der Bereich für den Neubau der Sporthalle noch um 30 Meter erweitert werden müsse. Dies ist im Entwurf noch nicht enthalten.

Der Bebauungsplan muss noch entsprechend bemaßt werden.

Empfehlungsbeschluss:

Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 393 Blücher-Kaserne sowie die textlichen Festsetzungen werden gebilligt. Die Planung wird in diesem Sinne weiter vorangetrieben und für den nächsten Verfahrensschritt vorbereitet.

Ergänzt wird die Empfehlung um 2 Punkte:

- Der Bereich für den Neubau der Turnhalle wird um 30 Meter erweitert.
- Die sog. Satellitengebäude im Bereich des ehemaligen Divisionsgebäudes werden zweigeschossig mit Satteldach dargestellt.

Die endgültige Genehmigung erfolgt nach einer weiteren Beratung mit dem Beschluss zur öffentlichen Auslegung. Die hierfür noch erforderlichen Gutachten (Verkehrsgutachten, Lärmgutachten) sind auf Basis dieser Planungen nun zu vergeben bzw. fertigzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Die geänderte Beschlussempfehlung erfolgt mit 2 Gegenstimmen.

**TOP 7.3 Kaufvertrag Blücher-Kaserne**  
**Vorlage: 22/170**

Frau Busch-Maaß erläutert die Vorlage. Die neue Wertermittlung seitens der BIMA habe man am Vorabend der Sitzung per Mail erhalten. Da man auf Grund der Fristen der Fördermittelverwendung und der Gewährung der beantragten Verbilligungen noch in diesem Jahr den Vertrag schließen wollte, habe man sich auf Grund der Dringlichkeit entschieden, die Tischvorlage zu fertigen.

Es ist geplant, den Vertrag im November zu schließen. Die BIMA habe mitgeteilt, dass voraussichtlich die beantragten Verbilligungen im nächsten Jahr nicht mehr gewährt werden können. Dadurch würde sich der Kaufpreis dann noch weiter erhöhen.

Herr Bargmann bemängelt, dass der Vertrag nicht bereits im vergangenen Jahr geschlossen wurde, damit hätte diese Kostensteigerung vermieden werden können. Darüber hinaus beantragt er, dass in der Beratungsfolge noch der Finanzausschuss aufgenommen wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich hat in seiner Sitzung am 03.06.2021 beschlossen, dass die Stadt Aurich im Rahmen ihres Erstzugriffsrechts Teilfläche auf dem Gelände der ehemaligen Blücher-Kaserne erwirbt. Dies betrifft insbesondere die Sportflächen im nördlichen Bereich des Geländes, die zu entwickelnden Wohnbauflächen im südlichen Bereich des Geländes sowie zwei kleinere Teilflächen entlang des Wasserwerkweges. Es wurde beschlossen, dass die Flächen maximal zum vom Gutachterausschuss für Grundstückswerte ermittelten sanierungsunbeeinflussten Anfangswert erworben werden sollen.

Auf Grund der Eilbedürftigkeit wird dieser Beschluss dahingehend geändert, dass die genannten Flächen nun zum erhöhten Preis erworben werden. Die Verwaltung wird beauftragt mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Bezug auf das Kaufangebot vom 21.09.2022 zu verhandeln. Der maximale Kaufpreis beträgt 865.477 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussempfehlung erfolgt einstimmig.

**TOP 8      Fraktionsübergreifender Antrag Ortsrat Kernstadt, hier: potentielle Wohnraumprojekte - Anfragen**  
**Vorlage: ANTRAG 22/043**

Frau Busch-Maaß beantwortet an Hand der dem Protokoll beigefügten Liste, siehe Anlage TOP 8, die Fragen.

Es wird nachgefragt, wie weit die Konzeptplanungen für das Gebiet Schlehdornweg/Hohegaster Weg seien.

Frau Busch-Maaß teilt mit, dass es zu diesem Thema noch Ergänzungen im nicht-öffentlichen Teil gebe.

**TOP 9      Bebauungsplan Nr. 391 "In der Diere" Projektvorstellung**

Der Vorsitzende begrüßt Herrn van Düllen, Real-Immobilien.

Dieser stellt an Hand der dem Protokoll beigefügten Präsentation zum einen das Unternehmen, zum anderen die Planungen für das Gebiet „In der Diere“ vor. Er geht im Detail auf die Planungsinhalte und das bisherige Verfahren ein.

Das städtebauliche Konzept ist in der Präsentation enthalten. Es sieht einen Bereich für Wohnen, Gewerbe, Feuerwehr und Seniorenwohnen vor.

Die Haupteinschließung erfolge über die Landesstraße.

Insbesondere beleuchtet er die Problematik der „Pingo-Ruine“. Diese sei bekannt, das LBEG habe zwar keine Schutzwürdigkeit festgestellt, aber man wolle es trotzdem erhalten und habe darum diesen Bereich nicht überplant. Um die Pingo-Ruine sei eine fußläufige Verbindung geplant.

Bezüglich der Kiebitze sei in den letzten 3 Jahren kein Vorkommen festgestellt worden. Man habe aber bereits Ausgleichsflächen erworben, die insbesondere kiebitzfreundlich gestaltet werden sollen.

Bezüglich des Thema „Sozialer Wohnungsbau“ sei man offen, geplant seien hierfür z.Z. ca. 18 Wohneinheiten, was einer Fläche von ca. 2000 qm entspräche.

Es ist geplant, das Wohngebiet mit Wärmepumpen und Photovoltaik energieautark zu versorgen. Für den gewerblichen Teil können hierzu noch keine Aussagen getätigt werden.

Es wird die Frage gestellt, was für Gewerbe im Plangebiet vorgesehen ist. Herr van Düllen sagt aus, dass hier insbesondere Kleingewerbe und Dienstleistungen vorgesehen seien, da hierfür wohl große Nachfrage besteht.

Nach der Präsentation um 18:35 Uhr verlassen die Mitglieder des Orsrates Kernstadt die Sitzung.

Herr Gossel beantragt eine Sitzungsunterbrechung, da zu Beginn der Sitzung Einwohner Fragen zu diesem Baugebiet gestellt haben.

Diesem Antrag wird gefolgt und die Sitzung wird um 18:38 Uhr für eine Fragestellung der anwesenden Bürgerinnen und Bürger unterbrochen.

Seitens einer Bewohnerin wird betont, dass sich der Antrag von Nabu, BUND und Initiative Bilanz auf die Unterschutzstellung nicht allein auf das Pingo, sondern auf das komplette Plangebiet beziehe. Dieses sei mit den Wallhecken und dem Kaltluftentstehungsgebiet besonders wertvoll. Sie verweist weiter darauf hin, dass es zu weiten Teilen keinen baufähigen Grund gäbe. Im Hinblick auf die Bodenbeschaffenheit sei neben der Bebaubarkeit auch die Thematik Erdwärme/Wärmepumpen problematisch.

Herr van Düllen sagt aus, dass man auf dem Plan-Gebiet seitens Real-Immobilien ca. 20 Bohrungen durchgeführt habe, um die Realisierbarkeit zu prüfen. Die mittige Fläche mit dem Pingo werde großflächig ausgespart.

Eine weitere Bürgerin sagt aus, dass sie angrenzend an das Plangebiet wohne. Sie habe ein Entwässerungsproblem, da der Vorfluter schlecht gepflegt sei und fragt, ob man schon eine Lösung für dieses Problem habe.

Herr van Düllen sagt aus, dass ihm dieses Problem bekannt sei.

Der Vorsitzende sagt aus, dass es noch keine Detailprüfungen gebe. Man habe bislang nur einen Aufstellungsbeschluss gefasst, es ginge jetzt erst mal darum zu beraten, ob das Verfahren überhaupt weitergeführt werde. Im Zuge des Bauleitplanverfahrens gebe es ein öffentliches Verfahren, in dem detailliertere Planinhalte vorgestellt werden.

Eine weitere Bürgerin sagt aus, dass es in Aurich schon viele Baugebiete gäbe und es wäre nicht mehr zeitgemäß, noch weitere Flächen zu versiegeln.

Der Vorsitzende beendet die Unterbrechung für die Einwohnerfragestunde und die Sitzung wird wieder um 18:47 Uhr aufgenommen.

Herr Bargmann fragt nach, ob die Feuerwehr eine eigene Ausfahrt auf die Landesstraße bekomme. Dies sei entscheidend für den Standort.

Herr van Düllen bejaht dies. Die Zufahrt für die Feuerwehrleute bei der Rückkehr sei dann aber die Planstraße vorgesehen.

Frau Weber sagt aus, dass die Verkehrssituation jetzt schon sehr schwierig sei und sich durch die neue Großkreuzung sich die Situation weiter verschärfen wird. Sie fragt nach, ob es hinsichtlich der Seniorenwohnungen schon eine Bedarfsanalyse gebe. Gerade auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Kasernengeländes. Das ostfriesische Verhalten älterer Bewohner sei nicht mit anderen Regionen und Städten vergleichbar, man bleibe nach Möglichkeit bis zum Schluss auf der „eigenen Scholle“.

Frau Altmann kommt auf die Unterschutzstellung zurück. Sie betont, dass das LBEG nicht die maßgebliche Behörde sei. Das Plangebiet habe eine hohe ökologische Bedeutung auch hinsichtlich ihrer Wirkung als Kaltluftentstehungsgebiet und wegen der Wallhecken. Sie fragt nach, ob die Untere Naturschutzbehörde schon in die Planung einbezogen worden sei.

Im Hinblick auf die Notwendigkeit der Feuerwehr sieht sie die Notwendigkeit der Bauleitplanung. Als Standort für die Feuerwehr könne sie sich auch den Bauernhof vorstellen.

Frau Hartmann fragt hierzu ergänzend, ob man im städtebaulichen Vertrag eine stufenweise Umsetzung vorsehen könne, um den Bau der Feuerwehr vorzuziehen.

Herr van Düllen antwortet hierzu, dass nur das Gesamtkonzept wirtschaftlich sei.



Hinsichtlich des Schutzgebietes sagt Frau Busch-Maaß, dass es bereits Gespräche mit der Unteren Naturschutzbehörde und den eigenen Fachdiensten gegeben. Hierzu werde es eine Info im Protokoll geben, siehe Anlage TOP 9. Die offizielle Beteiligung erfolge aber erst im Zuge des Bauleitplanverfahrens.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung, aber eine Empfehlung, das Planverfahren weiterzuführen.

**TOP 10 Bebauungsplan Nr. 310 "Große Mühlenwallstraße" weitere Vorgehensweise zur Aufstellung**

Frau Busch-Maaß erläutert an Hand von verschiedenen Skizzen die Thematik. Sie zeigt Ansichten, siehe Anlagen TOP 10, was der Bebauungsplan für Möglichkeiten hergibt und welche alternativen Lösungen im Hinblick auf das städtische Gesamtbild eine Bebauungsplanänderung gäbe.

Das Thema wird in die nächste Sitzung verschoben. Es besteht hierzu Beratungsbedarf in den Fraktionen.

**TOP 10.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hier: Sachstand Festsetzungen nördlicher Bereich der Großen Mühlenwallstraße**  
**Vorlage: ANTRAG 22/049**

Bezugnehmend auf die Anfrage von Frau Altmann erläutert Frau Busch-Maaß an Hand der Präsentation, was auf Grund der momentanen Festsetzungen im Bebauungsplan möglich ist. Sie zeigt weiterhin alternative Möglichkeiten der Gestaltung auf, wenn eine entsprechende Bebauungsplanänderung erfolge durch eine Reduzierung der Bauhöhen (Giebelhöhe, Traufhöhe) oder durch sog. Satteldächer, die typisch für Ostfriesland sind.

Herr Bargmann verweist darauf, dass der Bebauungsplan ganz bewusst diese Festsetzungen vorgesehen habe. Man wollte bewusst eine komplette und hohe Geschossigkeit und eine geschlossene, verdichtete Bauweise. An dieser Stelle im innerstädtischen Bereich an einer mehrspurigen Straße sei der richtige Bereich, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Entscheidung bezüglich der Grünfläche sei ein Fehler gewesen. Herr Bargmann bittet darüber zu prüfen, ob der Investor die Auflagen, die sich aus dem Bebauungsplan ergeben habe, eingehalten habe.

Frau Busch-Maaß erläutert, dass es bezüglich des Umgangs mit der Grünfläche entsprechende Gerichtsurteile gebe, die man dem Protokoll anfüge werde (siehe Anlage TOP 10.1). Auf die Nachfrage nach dem Sachstand der Tiefbauarbeiten antwortet Frau Busch-Maaß, dass sich die Planung der Versorgungsleitung in der Ausschreibung befinde.

Frau Altmann möchte gerne wissen, wieviel Wohnraum durch die kleinteilige Bebauung verloren gehe.

Herr Penning betont, dass eine moderne Stadt eine moderne Fassadenstruktur haben dürfte. Frau Busch-Maaß erläutert, dass man darstellen wollte, was möglich ist.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Problem in der Sitzung nicht geklärt werden könne und es erst wieder in die Beratung der Fraktionen geht.

**TOP 11 Antrag der Ratsfrau Heidrun Weber, hier: Antrag zur Umgestaltung des Au-  
richer Rathausvorplatzes**  
**Vorlage: ANTRAG 22/040**

Heidrun Weber erläutert ihren Antrag. Es bestehe keine Möglichkeit mehr im Zentrum, kleine kulturelle Veranstaltungen zu plakatieren und zu bewerben. Ihre Idee sei, wie früher das Prinzip einer Litfaßsäule bzw. Schaukästen zu errichten, wo eine Plakatierung möglich sei. Aus dem Ortsrat wurde die Idee ergänzt, die Schaufensterflächen von leerstehenden Ladenlokalen hierfür zu benutzen.

Es wird die Frage aufgeworfen, ob Plakatierung noch das zeitgemäße Medium ist. Digitale Werbungsaktionen wären sinnvoller.

Frau Weber entgegnet, dass digitale Medien nicht von allen wahrgenommen werden, diese Seiten müssten auch immer gepflegt werden, was von kleinen Veranstaltern bzw. Vereinen schwierig sei. Kinder würden auch eher auf bunte Plakate reagieren.

Beschluss:

Es wird kein Beschluss gefasst. Der Antrag wird zurückgestellt. Die Empfehlung des Ortsrates wird einstimmig angenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, Alternativen zu finden.

**TOP 12 Antrag der Ratsfrau Heidrun Weber, hier: Fassadenbegrünung Fußgänger-  
zone**  
**Vorlage: ANTRAG 22/044**

Frau Weber erläutert ihren Antrag. Innerstädtische Begrünungsmaßnahmen werten aus ihrer Sicht wesentlich das Stadtbild auf. Die Stadt könnte hier an ihren Gebäuden auch eine Vorbildwirkung entfalten.

Es wird in diesem Zusammenhang der Zustand der Beete vor der Touristinformation bemängelt.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, warum die Beete nicht bepflanzt sind.

Frau Altmann beantragt die Aufnahme von Pflanzen ins Ausgabeprogramm der Stadt. Frau Weber begrüßt dies.

Frau Busch-Maaß erläutert, warum beim jetzigen Umbau der Fußgängerzone keine Fassadenbegrünung erfolge. Zum einen arbeite man mit Flüssigboden bis an die Gebäude heran, zum anderen würde man in die privaten Gebäuderechte eingreifen.

Frau Altmann und Frau Weber erläutern, dass es sich beim Antrag wohl um ein Missverständnis handelt. Man wollte keine Durchführung von Fassadenbegrünungsmaßnahmen durch die Stadt, sondern die Schaffung eines freiwilligen Angebotes für die Hauseigentümer durch die kostenlose Bereitstellung von Pflanzen wie Kletterrosen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit zwei positiven Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

**TOP 13    Antrag der Ratsfrau Heidrun Weber, hier: Einführung einer Restaurierungs- und Bebauungsordnung**  
**Vorlage: ANTRAG 22/045**

Frau Weber erläutert ihren Antrag und begründet ihn mit den besonderen Merkmalen der ostfriesischen Baukultur, die sich durch rotes Ziegelmauerwerk und rote Dacheindeckungen kennzeichnet. Schwarze Fassaden und Dächer seien zudem ungünstig für das Klima. Frau Busch-Maaß erläutert, dass solche Regelungen ortsspezifisch in den jeweiligen Bebauungsplanverfahren durch örtliche Bauvorschriften festgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Bei zwei Ja-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

**TOP 14    Anfragen an die Verwaltung**

1. Es wird nach dem Sachstand zum Verkauf des Gebäudes im Mesterweg nachgefragt.
2. Es erfolgt der Hinweis, dass im Ligusterweg und im Mesterweg die Straßenbeleuchtung defekt sei.

**TOP 15    Einwohnerfragestunde**

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt

**TOP 16    Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt um 19.46 Uhr die öffentliche Sitzung.